www.Schatten-Kabinett.ch - Die Liberale Datenbank für die politische Praxis

Von Dr. Christoph Luchsinger, +41 76 392 03 20, luchs@schatten-kabinett.ch
- Mitglied «Die Mitte» (www.die-mitte.ch)
- alt Gemeinderat Stadt Zürich für die Kreise 1 & 2
- Redaktor www.schatten-kabinett.ch
- Universitätsdozent Mathematik
- Kleinunternehmer: Gründer www.acad.jobs : akademische Stellen weltweit – und die besten Jobs in der Privatwirtschaft

Artikel auf www.schatten-kabinett.ch sind keine Einführungen in ein Thema, sondern Memos und Checklisten für Praktiker. Sie finden hier auch sehr gute Formulierungen, um komplexe Zusammehänge kompakt zusammenzufassen oder Schlagworte, um ihre bereits vorhandene Rede zu würzen. Falls wir irgendwo Urheberrechte verletzen, bitte umgehend mit Nachweis melden: wir werden dann die jeweiligen Passagen neu als Zitate kennzeichnen.

Wie man (aus liberaler Sicht) eine Vorlage analysiert: «Dokument 29»

- sinnvoller Einsatz: Ende jeden Jahres lesen oder wenn man eine wichtige Vorlage analysieren muss.
- Unten hat es zum Teil Doppelspurigkeiten. Das hat auch Vorteile: die einen Leser können mit der einen Formulierung mehr anfangen als mit einer fast gleichbedeutenden.
- Unteres soll nicht doktrinär verwendet werden.
    - Es sind eher Grundsätze für eine liberale Reflexionsweise.
    - Der Charakter einer Checkliste soll eine Gedankenstütze sein für Personen, welche sich schon vertieft mit diesen Fragen auseinandergesetzt haben.
    - Es sind Grundprinzipien, die Liberale selbstverantwortlich, ohne Anspruch auf Einheitslinie nach bestem Wissen und Gewissen anwenden können.
- Wer anstelle einer Checkliste lieber eine literarische Version will: www.schatten-kabinett.ch/352
- Rev. William John Henry Boetcker (1873–1962) hat vieles von unterem allgemein zusammengefasst: www.appleseeds.org/10_Cannots.htm .

Fragen der inneren und äusseren Sicherheit sind den nachfolgenden Grundsätzen vorgelagert und erlauben eine begründete Abweichung: wenn die innere oder äussere Sicherheit nicht garantiert ist, gelten andere Spielregeln. Deshalb verkauft man eine starke Armee auch als «notwendiges Übel».

Einordnung im politisch-parlamentarischen Prozess (6 W's: wer, wann, was, wie, wo, warum)

1. Optimal erfahren wir von einer Vorlage *vor* einer allfällige Pressekonferenz der Regierung -> Aktion starten (selber etwas einreichen / Presse)?
2. Ist es wirklich ein Problem; muss man es (staatlich) lösen? Zum Beispiel:
    1. «Überalterung» oder «tiefe Geburtenraten» sind kein Problem – falsch konstruierte Sozialwerke schon
    2. Die Endlichkeit fossiler Energieträger ist kein Problem – der CO_2-Ausstoss schon
3. Muss das Thema der Vorlage *jetzt* behandelt werden? Warum dringend (warum nicht vorher gekommen)? Hidden Agenda (gibt es Hintergründe zum Zeitpunkt, die wir nicht kennen)? Zielen unsere Gegner im Fall einer Volksabstimmung auf eine gleichzeitig stattfindende, eidgenössische Volksabstimmung, bei der unsere Gegner eher an die Urnen gehen? Wenn man es nicht verhindern kann – kann man die Einführung verzögern (ev gibt es einen Mehrheitswechsel)?
4. Sunset Legislation anstreben (Endtermin festgelegt, ausser Gesetzgeber Verlängerung erneut (mit qualifiziertem Mehr) beschliesst).
5. Ist diese Stufe (Gemeinde, Kanton, Bund) überhaupt rechtlich/verfassungsmässig zuständig?
6. In welcher Form angerissen, warum? Inititative, parlamentarischer Vorstoss (Typ?)
7. Wir wollen lieber Kompetenz bei Legislative statt Exekutive! Exekutive soll wenig Spielraum haben (mit bewussten, begründeten Ausnahmen). Aber auch: Stimmt die Flughöhe (keine kleinliche Einmischung in Verwaltungsdetailfragen)?
8. Ist das zuständige Gremium von Interessenlagen, Kompetenzen und Persönlichkeiten überhaupt ernst zu nehmen (stattdessen: Überforderung, keine eigene Anschauung, keine Sachentscheide zum Problem denkbar) oder entscheiden die Personen nach persönlichem Vorurteil und Interessenbezug?
9. Welche Parteien, Verbände, Interessengruppen sind dafür, welche dagegen? Das *kann* Hinweise auf weitere Punkte liefern.

10. Bei eigenen (populären) Vorstössen, wenn man die Agenda nicht bestimmen kann: besteht die Gefahr, dass der Gegner den Vorstoss kapern und in seinem Sinne abgeändert einbringt? Wie reagiert man dann?

Stimmen die Fakten, funktioniert vorgeschlagene Lösung, Alternative?

11. Funktioniert vorgeschlagene Lösung überhaupt? Etwas das nicht funktioniert, ist weder gut noch schlecht – es funktioniert einfach nicht! Aufwand versus Ertrag; Nebenwirkungen? Zudem sollte die Lösung nie schlimmer als das Problem sein.
12. Kann man den Aussagen der Verwaltung trauen, wurden Sachen weggelassen? Kritisch hinterfragen.
13. Kommen Resultate aus „wissenschaftlichen Untersuchungen“ vor?
    a. Wie sicher sind diese Erkenntnisse, wie schnell überholt? War eine Studie sinnvoll/nötig?
    b. Wurden öffentliche Daten benutzt? Ist es sinnvoll, diese Daten zu erheben (kostet auch Geld). Falls absehbar ist, dass die Linken darauf basierend Forderungen stellen werden (v.a. Sozialindikatoren): nein; im Zweifelsfall: nein. Wenn die Daten nicht da sind, können sie nicht analysiert werden. Warum nicht den Datenschutz strapazieren: Daten, die nicht da sind, können nicht missbraucht werden. Wenn die Datenqualität schlecht ist oder die Stichprobe zu klein: besser gar nicht erheben.
    c. Fehlerquellen: tendenziöse Graphiken, Korrelationen ohne Kausalzusammenhang, fehlende örtliche und zeitliche Übertragbarkeit, zentral wichtige erklärende Faktoren wurden «vergessen», Rechenfehler, methodische Fehler, Interpretationsfehler.
    d. Wenn das alles nicht reicht, philosophisch mit Albert Einstein: «Nicht alles, was zählt, kann gezählt werden, und nicht alles, was gezählt werden kann, zählt!»
14. Setzt vorgeschlagene Lösung bei den Symptomen oder bei den Ursachen an?
15. Ein grosses Thema in dem Zusammenhang kann folgendermassen umschrieben werden: «Wenn der Staat umverteilen muss, ging vorher etwas schief». Konkret: wenn mehr und neuer Druck in neuen Gebieten Richtung Umverteilungen aufkommt: woran liegt es, dass derart abgehängte Gruppen entstehen (NB: das Problem ist, dass es Arme gibt und nicht, dass es Ungleichheit oder Reiche gibt.). Die liberale Antwort muss dann Richtung Institutionen gehen, damit diese Gruppen sich selber helfen können:
    1. gute *Ausbildungsmöglichkeiten* (Hilfe zur Selbsthilfe)
    2. damit sie dann im *Leistungswettbewerb* bestehen (kein Behinderungswettbewerb)
    3. und dann der *Schutz des* im Leistungswettbewerb erworbenen *Eigentums*
16. Bei Gebäuden/Örtlichkeiten: Augenschein vor Ort und Gespräch mit Anwohnern! «One time see is better than ten times hear»
17. Ist es sinnvoll, mit Gemeinwesen der gleichen Stufe zusammen eine Lösung zu erarbeiten?
18. Wenn Zahlen vorkommen:
    a. warum nicht mehr/weniger?
    b. Oder Minimum/Maximum von 2 Zahlen, wenn zukünftige Entwicklung unsicher
19. Hat es eine Positivliste zu etwas; warum nicht eine Negativliste (oder umgekehrt). Dazu Formulierungen wie: «Mindestens/höchstens 2 von 5 Kriterien erfüllt.»
20. Passen vorgeschlagene Mittel zur deklarierten Zielerreichung? Optimal gilt weiter:
    a. Mehrere Ziele mit einem Mittel erreichen/anvisieren tönt clever, ist aber im Zeitablauf *beim Staat* höchst problematisch, weil sich die Ziele ändern, aber die Mittel bei staatlichen Aktionen (im Gegensatz zur Privatwirtschaft) fortgesetzt werden.
    b. Ebenso nicht mehrere Mittel pro Ziel: man weiss dann nicht mehr, welches Mittel wirklich gewirkt hat.
    c. -> grundsätzlich «Pro Ziel ein Mittel» (das effektivste Mittel).

Ordnungspolitik, Wettbewerbspolitik, Non-Zentralismus

«freiheitlich-dezentral statt zentralisierter Zwang» - ist menschengerechter

21. Albert Einstein: Ohne Ordnung kann nichts bestehen; ohne Freiheit aber kann nichts entstehen.
22. Antworten provozierende Fragekaskade bei Staatseingriffen:
    a. Ist dies *immer noch* notwendig?
    b. Wenn ja, sollte es noch immer von der (Zentral-)Regierung durchgeführt werden?
    c. Wenn ja, sollte es durch den Steuerzahler oder durch die Benützer bezahlt werden?
        - «Recht auf fremdfinanzierte Nahrung, Bildung und medizinische Versorgung.»
23. Ansätze nach Federico Sturzenegger https://de.wikipedia.org/wiki/Federico_Sturzenegger , u.a.:
    1. Alle Gesetze durchgehen (ganze Sammlung) und dann 3 Beigen:

        i. Gesetze, die man lassen kann
        ii. Gesetze die man abschaffen kann
        iii. Gesetze die man ändern muss -> *konkreter ausformulierter Änderungsantrag (keine Meetings/Diagnosen/Geschichte/executive Summaries)*
    2. Vorerst *politische* Machbarkeiten ignorieren (Barriere im eigenen Kopf)
    3. Kleine Gruppe von Ökonomen und Juristen um sich sammeln (keine Teilnehmer des Systems oder andere Profiteure, eher Opfer des Systems)
    4. Öffentlichkeit einbeziehen (ernstgenommene Website mit Verbesserungsvorschlägen
24. Unideologisches Kriterium von Niall Ferguson, ob etwas eher eine Staatsaufgabe ist, wird in diesem Artikel von Peter Kurer in der NZZ erklärungsstark präsentiert: Hierarchie (staatlich) vs Netzwerk (privat): www.schatten-kabinett.ch/215
25. Viele Argumente und Formulierungen zu «Tausch versus Anordnung» findet man bei Michael von Prollius in «Attack Titans» auf www.schatten-kabinett.ch/237
26. Kann sich der Wettbewerb voll entfalten in die Richtungen:
    a. Stimulierung der Involvierten zu Leistung (falls man Wohlstand als wichtig erachtet)
    b. Steuerung und Ordnung des Wirtschaftsprozesses (statisch)?
    c. Such- und Entdeckungsverfahren für neue, bessere Lösungen (dynamisch)?

    b und teils c kann man auch zusammenfassen, dass Wettbewerb eine «Wissenserzeugungsmaschine» ist – Kommandowirtschaften hatten das nicht (Punkt a lief bei denen zudem über brutalen Zwang).
27. Grundsatzfrage: Wer entscheidet, wann, wie und was produziert wird und wie wird es danach verteilt (wer bekommt was, wann und wieviel davon)? Dies findet man sauber analysiert bei Mises auf Seiten 6-7 hier zusammengefasst: www.schatten-kabinett.ch/247 .
28. Hayek: «Konsumenten haben Vorrang vor den Produzenten, Produzenten vor den Bürokraten, Individuum vor dem Staat, konkrete Mensch hier und jetzt vor der abstrakten Idee der künftigen Menschheit.» In dem Sinne weiter, gut für die Debatte: Wir sind für die Marktwirtschaft weil sie gut ist für die Konsumenten (nicht wegen der Produzenten), gut für die Armen (nicht wegen den Reichen), gut für die Arbeitnehmer (nicht wegen den Arbeitgebern) und gut für die Steuerzahler (nicht für die Subventionsempfänger).
29. In obigem Sinn weiter: Freiheit vor Gleichheit, privat vor Staat, dezentral vor zentral, Eigenverantwortung vor kollektiver Verantwortung (wer masst sich an, im Namen des Kollektivs zu sprechen), verdienen vor verteilen, Wettbewerb und Leistung statt Gleichheit und staatliche Versorgungsansprüche, erfinden vor verbieten.
30. Gestaltung der Wirtschaftsordnung und nicht Lenkung der Wirtschaftsprozesse (Walter Eucken).
    1. «Der Staat muss wie ein Schiedsrichter mit seinen Rahmenbedingungen einen fairen, freien Wettbewerb ermöglichen, aber er darf nicht selbst mitspielen.» (Ludwig Erhard)
31. Für die österreichische Schule sind zentral: Individuelle Wahl, Unternehmertum, freier Wettbewerb/Märkte, Privateigentum, System freier Preise.
32. Adam Ferguson: (die grosse Gesellschaft ist zwar) «Ergebnis menschlichen Handelns, aber nicht menschlichen Entwurfs» (keine Anmassung von Wissen).
33. «Förderung der Standortattraktivität» – nicht «Förderung der Wirtschaft».
34. Werden Preise administriert? Preise haben nicht nur sozialpolitische Auswirkungen. Preise haben jenseits der Sozialpolitik wichtige Signal-, Anreiz- und Steuerungsfunktionen und koordinieren damit die Wirtschaftssubjekte. Werden Preise ausser Kraft gesetzt und administrativ festgesetzt, führt das zu Problemen, leiden Innovation und Wohlstand. Marktwirtschaft mit sich frei bildenden Preisen helfen uns, mit Knappheiten intelligent umzugehen. Gegen hohe Preise helfen nachhaltig nur (temporär) hohe Preise! Moral gegen ökonomischen Hausverstand ist keine gute Strategie und erst recht nicht moralisch.
35. Probleme optimal privat lösen. Sonst Gemeinde; sonst Kanton; sonst Bund (Subsidiaritätsprinzip: auf der tiefstmöglichen Stufe lösen; erst wenn untere Stufe nicht mehr befriedigend lösen kann weiter oben). Das ist leider schwammig; im Zweifel tiefer. Weiter muss die Kompetenz für die Aufgabe und Finanzierung grundsätzlich auf der gleichen Ebene angesiedelt sein. Schauen Sie auch, was für Leute für die Zentralisierung sind. Siehe auch www.schatten-kabinett.ch/64 und sehr gut zusammenfassend Lukas Leuzinger in der NZZ: www.schatten-kabinett.ch/241 .
36. Charles Secrétan (1815 - 1895): «Man kann nicht unvermittelt das 'Laissez-faire' fordern in Situationen, die nicht das Resultat des 'Laissez-faire' sind.» Sinnvoller Grundsatz, wenn eine Situation durch unliberale Politiken bereits völlig verfahren ist (zB Selbstbedienungsladen Gesundheitswesen oder instabile weltweite Finanzarchitektur). Sonst droht: «… das Modell, das sich durchsetzt, ist eine Mischung aus Laisser-faire und bürokratischem Despotismus…» (Marion Messina in «Die Entblössten»)
37. Wenn Machtfragen relevant:
    1. bekommt/hat jemand (viel mehr) Macht?

    2. Gibt es Gegengewichte und Kontrollen.
    3. Liberale Lösungen haben unter anderem immer auch Machtbeschränkung zum Ziel
        i. «Macht korrumpiert – absolute Macht korrumpiert absolut» (Lord Acton)
        ii. auch der Non-Zentralismus wirkt gegen die Macht von zentralen Eliten
    4. Bereiche: innerhalb Partei/Fraktion/Organisation, innenpolitisch, aussenpolitisch.
    5. Liberale vernachlässigen diesen Punkt regelmässig und gehen davon aus, dass das Gegenüber auch und ausschliesslich liberale Lösungen im Visier hat und nicht Macht und Prestige, vor allem in der Aussenpolitik. In der realen Politik geht es aber leider logischerweise *immer und notwendigerweise* (!) genau um Macht und Zwang – sonst gehört das Thema ja nicht in den politischen Bereich!
38. Für das Experimentieren und gegen den Machbarkeitsglauben.
39. Für generelle Richtlinien und gegen spezifische Einzelanordnungen.
40. Für konsequente Verantwortlichkeit und gegen Rettungsschirme aller Art.
41. Wird der Wettbewerb/Marktzugang eingeschränkt?
42. Wie steht es mit der «Vielfalt» der Lösungsansätze vor und nach Annahme der Vorlage? Das ist für Liberale meist gut: wenn es zum Beispiel viele verschiedene Lösungen von besprochenen Problemen auf dezentraler Ebene gibt, ist das bürgernah und kundenorientiert: es gibt Bürger/Kunden, die wollen, dass es nach Hause geliefert wird, das sie es selber machen können, dass sie es abholen können; in diesem Dorf wird es so gemacht, in einem anderen Dorf anders. Je komplexer eine Lage beschrieben wird (viele Seiten und Schichten), desto klarer ist, dass man wegen der Komplexität (die Bürgerwünschen entspricht), keine Einheitslösung aufzwingen sollte/kann. Vielfalt der bereits bestehenden Lösungen als Bannwald gegen Zentralisierung/Regulierung. «Lust auf eine spontan sich von unten bildende Vielfalt, welche nicht staatlich von oben initiiert, administriert und verwaltet wird.» Insofern ist der Liberalismus also auch automatisch divers, «Woke» - aber richtig: spontan von unten und nicht von oben befohlen und administriert.
43. Ebenfalls gegen Zentralisierung wirkt folgende Analyse, folgendes Argument: bei dezentralen und damit verschiedenen Lösungen werden verschiedene Lösungen ausprobiert und damit machen auch nicht alle die gleichen Fehler, mehr noch: man kann Fehler überhaupt erst sicher durch Vergleich erkennen! Das sind gleich 2 Punkte:
    a. Vergleiche werden möglich
    b. Das gesamte System wird stabiler, weil nicht alle die gleichen Fehler machen (Idee eines vielfältigen Biotops statt Monokultur mit staatlich bewilligten Pflanzen)

    Damit sind Lernprozesse erst möglich, auch dort, wo man kollektive Entscheide (möglichst auf tiefer staatlicher Ebene) trifft. Unabhängig davon kann man mit dezentralen Lösungen auch lokale Eigenheiten berücksichtigen (ohne dass andere Einheiten von diesen Lösungen lernen könnten).
44. Wenn mit einer Vorlage der Wettbewerb gefördert werden soll und/oder gegen Monopole vorgegangen werden soll; Kernfrage nach Rothbard: «Warum können andere Unternehmen die gewinnbringende Möglichkeit nicht nutzen und in die Produktion dieses Gutes einsteigen, wobei sie die Möglichkeit eines Monopolpreises eliminieren?». Dort muss man dann richtigerweise ansetzen! Angriffspunkte sind dann
    a. Vorlage macht es noch schlimmer (ist meist richtig).
    b. Weil vor allem KMU allgemein behindert werden, gibt es allgemein weniger Wettbewerb. Mehr dazu auf www.schatten-kabinett.ch/111 .
    c. Die konkreten Hindernisse des Markteintritts von anderen Unternehmen benennen (zB unnötige Bewilligungen).

    Hier noch ein Übersichtsartikel zu Wettbewerb: www.schatten-kabinett.ch/129 .
45. Wie werden sich junge Menschen der Zukunft, die mit der neuen Regulierung bereits aufwachsen und sich daran gewöhnt haben werden, positionieren? Werden sie noch weitergehende Forderungen stellen (mehr Staat und Gleichheit) oder endlich die Freiheitsbeschränkung sehen?

Staat als Unternehmer, Arbeitgeber, Auftraggeber («wo wir ihn alles eigentlich nicht haben wollen»)

46. Staat soll nicht mit eigenen Unternehmen und Organisationen als Leistungs*erbringer* auftreten, selbst wenn etwas staatlich finanziert/ermöglicht wird (Gesundheitswesen).
    a. Vorsicht wegen Interessenkonflikten: Staat als Eigentümer, Leistungsbesteller, Leistungserbringer, Regulator und Aufsichtsinstanz
    b. Dehnt sich ein Staatsbetrieb mit Gewinnen aus einem Monopol eines Geschäftszweiges mit Dumpingpreisen in andere Branchen aus?
    c. Mehr auf www.schatten-kabinett.ch/113 , www.schatten-kabinett.ch/114 , www.schatten-kabinett.ch/150

    d. Schlagwort: statt «service public» lieber «service au public» - wenn es am Bedarf vorbei geht dann polemisch «Service sans public»
47. Wenn Staat (auch) als Unternehmer auftritt:
    a. Gleiche Spiesse wie Private (siehe auch www.so-noed.ch)
        - keine Steuerbefreiungen und andere Ausnahmeregelungen; Schauen, dass sie nur zu marktüblichen Konditionen Kapital für ihre privatwirtschaftlichen Vorhaben erhalten.
        - Für den umgekehrten Fall, dass staatliche Anbieter (oder alte, regulierte Technologien) Nachteile gegenüber den Privaten (oder Neuen) haben, muss man die liberale Lösung der Privaten anstreben und nicht den Privaten gleiche Probleme wie den staatlichen Anbietern aufzwingen (*keine* Kurtaxen für Airbnb, *keine* Taxilizenz für Uber-Fahrer, aktuell *keine* «Lex Netflix» mit Auflagen für neue Technologien, etc).
        - Passen Sie generell auf, wenn Politiker irgendwo «gleich lange Spiesse» fordern. Meist wollen sie für Ihre Branchen Subventionen oder Schutz. Im Zweifelsfall ablehnen. In der gleichen Kategorie sind «faire / gerechte / angemessene» Preise.
    b. extrem eng definierter, zeitlich befristeter Leistungsauftrag
    c. strikt nicht zulassen, dass Staatsunternehmen in vor- und nachgelagerte und verwandte Gebiete hinein expandieren, obschon das im Einzelfall sehr sinnvoll scheint - uferlos. Dazu Post auf Einkaufstour: Die Politik muss die Kaufexzesse bremsen (nzz.ch)
48. Bei Anstellungsbedingungen:
    a. Wie sind vergleichbare Jobs in der Privatwirtschaft (oder anderen staatlichen Ebenen) entlöhnt (incl Fringe Benefits, Feier- und Freitage, Ferien)
    b. Staatsangestellte haben de facto Kündigungsschutz
    c. Begrenzung FTE (Achtung: Umgehung durch Vergabe von Aufträgen)
    d. «gute Arbeitsbedingungen JA, aber keine weiteren FTE, optimal weniger»
    e. Zum Teuerungsausgleich: www.schatten-kabinett.ch/57
49. Outsourcing (in billiges Ausland), auch bei Dienstleistungen.
50. Bei Aufträgen an Private:
    a. Ist es wirklich ein privates Unternehmen oder geht der Auftrag an Firmen, an denen der Staat beteiligt ist?
    b. Salamischeibchenprinzip zur Umgehung des öffentlichen Submissionswesens durch zeitliche Streckung der Ausgaben -> zu teure Beschaffung
    c. In Ausschreibung Vollkostenrechnungen & Lebenszykluskosten verlangen/beachten
    d. Wurde bei Vergaben gesteuert? 3 Methoden
        i. Anforderungen vage -> Offerten können kaum verglichen werden
        ii. Anforderungen so hoch, dass sie niemand erfüllen kann -> Willkür bei der Frage, was man jetzt wieder an Anforderungen raus nimmt
        iii. Anforderungen auf 1 Lieferanten zuschneiden

Regulierung, Freiheitsbeschränkung, Spannungsfeld Demokratie vs Freiheit

51. Regulierung sind Fixkosten! Deshalb trifft es KMU viel mehr als Grosskonzerne. KMU sind die Träger von Innovationen.
52. Regulierung ist immer auch Quelle von Korruption (weil man ja die Regulierung erfüllen muss).
53. *Leben -> Freiheit -> Eigentum* kurz folgendermassen logisch begründen: mein Leben (Eigentum an mir selber) ist geschützt -> dann darf ich ohne Zwang anzuwenden meine Freiheit nutzen -> die Früchte dieser Arbeit sind dann geschützt (Eigentumsfreiheit)
54. Wird Demokratie/Kollektiventscheid statt Freiheit/Individualentscheid angestrebt (Demokratie ist weder Ziel noch gut; sondern Mittel im Interessenausgleich; Ziel ist die Freiheit. Demokratie und Liberalismus ist eine Vernunftehe!). In einem illiberalen Meinungsklima der extremen Staatsgläubigkeit führt Demokratie zu keinen guten Ergebnissen.
55. John T. Wenders (1935–2006): “There is a difference between democracy and freedom. Freedom is not measured by the ability to vote. It is measured by the breadth of those things on which we do not vote. Freedom must be protected from democracy.”
56. «Der Glaube, dass keine Regierung eine Willkürherrschaft sein kann, wenn sie nur ein Produkt des demokratischen Wahlverfahrens ist, ist ganz unbegründet und die darin liegende Gegenüberstellung vollkommen falsch: nicht der Ursprung, sondern die *Begrenzung der Regierungsgewalt bewahrt vor Willkür*» — F.A. von Hayek, "Der Weg zur Knechtschaft"
57. Nicht die Freiheit, sondern ihre Beschränkung bedarf der Rechtfertigung!

58. Robert Nef in NZZ, 29.10.2021: www.nzz.ch/meinung/unbegrenzte-demokratie-ist-ein-weg-zur-knechtschaft-ld.1650935 : «Das Mehrheitsprinzip ist nur freiheitsverträglich, wenn es
    1. einerseits institutionell durch politisch unantastbare Freiheitsrechte abgeschirmt wird und
    2. andererseits *in kleinen politischen Gemeinschaften* praktiziert wird, die
        i. *in einem Steuer- und Dienstleistungswettbewerb* stehen und
        ii. bei denen die politische Mitbestimmung durch die stets offenstehende *Exit-Option* ergänzt wird.

    Unbegrenzte Demokratie ist ein Weg zur Knechtschaft im totalen Umverteilungs- und Bevormundungsstaat.»
59. Benjamin Constant: «(Ich habe während vierzig Jahren das selbe Prinzip verteidigt:) die Freiheit in allem, in der Religion, in der Literatur, in der Wirtschaft, in der Politik; und unter Freiheit verstehe ich den Triumph der Individualität sowohl über die Autorität, die durch die Despotie herrschen möchte, als auch über die Massen, die das Recht fordern, die Minderheit der Mehrheit zu unterjochen.»
60. Selbstbestimmung hat vor Mitbestimmung Vorrang (zB freie Wahl der Pensionskasse, Europapolitik).
61. Gibt es *für Individuen (!)* erfolgversprechende Möglichkeiten von «Exit & Voice» - «Abwanderung & Widerspruch» (Buchtitel von Albert O. Hirschman: «Exit, Voice, and Loyalty»).
62. Wird Freiheit, Spielraum, Selbstverantwortung der Bürger, Eigentümer, Unternehmer (inkl freie Kulturschaffende), Konsumenten, Steuerzahler, nichtsubventionierten wohltätigen Organisationen eingeengt?
63. Es geht um Freiheit des Individuums, nicht Freiheit des Staates oder einer Behörde!
64. Bürokratie- / KMU-Folgenabschätzung?
65. Vorsicht vor „Wolf im Schafspelz“ und: „wehret den Anfängen“ bei schleichender Freiheitsberaubung:
    a. Weder fördern, noch behindern, sondern FREI:
    b. Verboten – besteuert – frei – gefördert – vorgeschrieben: Liberal als Mitteposition; «Und wenn es noch nicht verboten ist, so wird es heute noch subventioniert», «kaputtfördern»
    c. Der heilige Gradient geht im Zeitablauf folgendermassen (der Weg ist dann):
        i. Pflicht: Veganes Essen *auch* anbieten
        ii. Veganes Essen subventionieren
        iii. Nicht-veganes Essen besteuern
        iv. Nicht-veganes Essen verbieten
66. Im Zweifel gegen neue Auflagen. Wenn der Nutzen nicht hoch ist, besser nichts machen. Oder eleganter mit Montesquieu: «Wenn es nicht notwendig ist, ein Gesetz zu machen, dann ist es notwendig, kein Gesetz zu machen.»
67. Wertschöpfung und Innovation finden dort statt (Ausland, andere Kantone), wo sie stattfinden können.
68. Durch Zentralisierung/Regulierung/Staatsinterventionen werden Lernprozesse in der Gesellschaft unterbunden (Hayek: Markt als Such- und Entdeckungsverfahren); Privatpersonen und Unternehmen können nicht mehr individuell zugeschnittene Lösungen anstreben sondern müssen die staatlich vorgeschriebene Lösung wählen (Lebensformen; soziale Sicherheit; Kindererziehung; Arbeitswelt; Wohnformen...).
69. Wenn es in einem Gebiet neue oder mehr Regulierung tatsächlich braucht oder diese nicht verhindert werden kann:
    a. kann man gleichzeitig eine Kompensation fordern, dahingehend, dass an anderen (verwandten) Orten gleichzeitig Regulierung beseitigt wird? Sogar «one in, two out»!
    b. Wie viele sind von der Regulierung betroffen (Breite)?
    c. Wie stark sind diese betroffen (Tiefe)?
    d. Wie willkürlich? Rechtsweg realistischerweise möglich?
    e. Kann man eine zeitliche Limitierung erreichen, welche auch belastbar ist («Providurium»)?
    f. Gibt es realistische, saubere, klare und belastbare Möglichkeiten eines «Opting out» für Teilstaaten, Firmen oder Individuen
        - notwendige Nebenbedingungen: konsequent keine Rechte/Kosten/Pflichten im Vergleich zu denen, die der neuen Regelung unterstellt sein werden
        - Bsp: kein Euro in Teilen der EU, keine obligatorische Krankenkasse
    g. Möglichst weitgehend Elemente des Wettbewerbs unter Regulatoren einbringen.
    h. Idee Schweizerischer Gewerbeverband: «Gesetzesvorlagen, die über 10 000 Unternehmen betreffen oder deren Kosten einen bestimmten Schwellenwert übersteigen, werden bei der Gesamtabstimmung im Rat dem *qualifizierten Mehr* unterstellt.»
70. Für den gesunden Menschenverstand und gegen sogenannte Experten.
71. Werden Menschenrechte der ersten Generation verletzt; siehe dazu www.schatten-kabinett.ch/41 ? Meistens -> in Debatte einsetzen

72. Sind Weltverbesserer am Werk, welche von oben die Gesellschaft ändern möchten (Polemik: «Baugesetze der Gesellschaft»)? Auch wenn man viele Ziele teilt: Änderungen sollten immer von unten frei entstehen und nicht durch Zwang von oben. Das zweite funktioniert nur äusserst selten nachhaltig. Es gibt «Das Menschenrecht, vom Staat in Ruhe gelassen zu werden».
73. Was ist die Motivation von denjenigen Leuten und ihrer Unterstützer, die Freiheit anderer beschränken wollen: wollen sie wirklich wie deklariert die Situation verbessern (Umwelt, Armut) oder wollen sie neidisch anderer Leute Freiheit einschränken?

Finanzpolitik

74. Steuern: so tief wie möglich - so hoch wie nötig! Paar unbestrittene Sachen: Transparenz, zielgerichtete und wirksame Ausgaben, periodische Überprüfung der Staatsaufgaben, Privatisierung von Staatsaufgaben und zurückhaltende Subventionen.
75. Wenn man ein Ausgabenproblem hat (das ist praktisch immer so), sollte man bei den Ausgaben ansetzen. In dem Zusammenhang, wichtiger Tipp: Fokussieren Sie in Debatten auf die Ausgabenseite und nicht auf die Einnahmenseite: es ist einfacher, einem vielfältigen Publikum die unsinnigen Ausgaben in allen Bereichen zugunsten gutorganisierter Kreise lächerlich zu machen (auf Nutzniesserfinanzierung drängen) statt die hohen eigenen Steuern zu beklagen (da wird man als Egoist hingestellt, der einfach keinen Beitrag leisten will). Auf diese Art und Weise sind dann die anderen die Egoisten, die sich ihre eigenen Bedürfnisse von anderen finanzieren lassen.
76. Hat Aufschieben, Strecken oder zögerliche Behandlung im Parlament Sparwirkung (auch einmalige Einsparung ist willkommen)? Wenn unausweichlich, machen Sie die Zustimmung von einer möglichst späten Inkraftsetzung oder Zugeständnissen in anderen Bereichen abhängig. Hingegen: keine Budgetkosmetik, da dies Spardruck reduziert.
77. Wenn Prozente vorkommen in der Form von Steuerprozenten, Abgaben, Zöllen oder zB Anteil von Sozialwohnungen: machen Sie sich keine Illusionen: in Demokratien (im Gegensatz zu privaten, freiwilligen Vereinbarungen) tendieren solche Systeme im Verlauf der Zeit gegen oben (gegen 100 %), in Richtung Unfreiheit, Zentralisierung, mehr Umverteilung, mehr Staat. Verhindern Sie solche Sachen also gleich von Beginn an konsequent.
78. In die gleiche Kategorie gehören Ansätze von kollektivem Zwangssparen/gemeinsamem Vermögen mit staatlichen Zwangsvorgaben: trotz guten Absichten findet irgendwann offen oder versteckt eine Zweckentfremdung und konsumptive Umnutzung zugunsten gutorganisierter Kreise statt (BVG, angedachte Pflegeversicherung, Devisenreserven der Notenbank).
79. Wenn Organisationen/Gruppen/Personen Geld wollen:
    a. Brauchen sie das zusätzliche Geld wirklich (Reserven)? Können sie es nicht selber finanzieren/auftreiben?
    b. Strengen sie sich genug an? Hier gibt es das absolute Spitzenangebot, wenn Sie als Finanzminister von solchen Leuten angegangen werden: «Ja, können wir gerne anschauen. Haben Sie morgen um fünf Uhr Zeit, bei mir im Büro?» - «Um fünf Uhr nachmittags? Ja, gerne.» - «Nein, ich meinte um fünf Uhr morgens!»
    c. Liegt eigenes Verschulden der Bittsteller vor?
    d. Maurice Goetschel: «Es bildete vor Zeiten den Stolz des Bürgers, auf eigenen Füssen zu stehen, und auch gemeinnützige und berufliche Institutionen liessen es sich angelegen sein, ohne Staatshilfe auszukommen und mit eigenen Mitteln hauszuhalten.»
    e. «Man hilft den Menschen nicht, wenn man etwas für sie tut, das sie auch selbst tun könnten.»
80. Budget- und Schuldenbremsen («Schuldenbremse als Vertrag zwischen Finanzminister und Volk – gegen das Parlament»; Volk nahm mit 85% Ja-Simmen an!!!); allenfalls Staatsquotenbremsen auf allen staatlichen Ebenen.
81. Öffentliche Reserven/Töpfe wie AHV (BVG wäre eigentlich nicht öffentlich) nicht vorsorglich zu gross werden lassen: das weckt sonst Begehren.
82. Achten Sie auf Gefahren beim Teuerungsausgleich: www.schatten-kabinett.ch/57
83. Gründe für Staatswachstum kennen für Debatte: 1. Eigeninteresse der Akteure im Staat, 2. Einfluss privater Lobbies, 3. Interventionsspirale, 4. Abfall vom Glauben (kein Grundvertrauen mehr – Staat als Gottersatz)
84. Wenn man eine aus liberaler Sicht unnötige Ausgabe nicht verhindern kann:
    a. Kultur: ist es wenigstens gut und zugunster der ganzen Bevölkerung (und nicht nur der Künstler die niemand versteht)?
    b. Sozial: kommt es wenigstens den Bedürftigen zu Gute (und nicht nur der Sozialindustrie (Sozialarbeiter, Gewerkschafter, linke Politiker und Mitglieder von Mieterverbänden))?

    c. Wirtschaft: wird es dann wenigstens gut und effizient eingesetzt (und nicht einfach zugunsten von mafiösen Gruppierungen, korrekterweise sehr breit gefasst)?
    d. Fordern Sie Zugeständnisse in anderen Bereichen.

    Man kann sonst schön sagen: «Hier wird das Unwirksame mit dem Teuren verbunden».

85. Wie viel Geldmittel wollen wir dafür aufwenden?
    a. Zeitliche Befristung?
    b. Sicherungen einbauen Richtung Kürzung, wenn wir Budgetdefizite oder gar Bilanzfehlbeträge haben
    c. Sunset-Legislation bei Finanzen
    d. Kann man Ausgaben reduzieren? Ja, man kann immer weniger ausgeben! Varianten bitte. Thematisieren Sie, dass im Alltag das Wort «sparen» erst dann benutzt werden darf, wenn man keine Schulden hat und einen Überschuss macht! Also von «sparen» sollte in der Politik normalerweise sowieso nie die Rede sein.
    e. Kann man allenfalls aufwandsproportionale Subventionen («30 % der Kosten») durch Normkostenbeiträge («3000 CHF pro Blinddarm») ersetzen?

Sozialpolitik

86. Ethik der Eigenverantwortung: man sollte alles unternehmen, um anderen nicht zur Last zu fallen.
87. Subjekt- statt Objekthilfe; innerhalb der Subjekthilfe: optimal Final- statt Kausalprinzip.
88. Für die Familie und gegen staatliche Ersatzmütter und -väter.
89. Umverteilung/Staatseingriff: wirkt er zugunsten der Armen oder gibt er nur Macht der (linken) Verwaltung und Jobs für die (linken) Sozialarbeiter/Beratungs- und Hilfsindustrie
90. Gleichheit vor dem Gesetz JA, aber klar Zulassen von Ungleichheiten, die eine Folge von Talent, Ehrgeiz, Arbeitsleistung, Erfindungsgabe, Fantasie und Bildung sind.
91. Deirdre McCloskey: Die Reichtümer der Reichen reichen nicht aus, um die Armen reicher zu machen.
92. Alternativen (Wettbewerb) schützen Arbeitnehmer und Kunden vor Ausbeutung und schlechter Qualität.
93. Geht es Richtung
    a. ergebnisgerecht (links und sehr naiv), lieber b:
    b. Chancengleichheit (besser, aber immer noch naiv und vor allem wertend (*Ziel* zB gleiche Chance auf Hochschule)), lieber c:
    c. Regelgerecht und Chancenvielfalt (= frei, nicht wertend)
    d. Mehr dazu auf www.schatten-kabinett.ch/30

Bewusst am Schluss:

- bei aller Überzeugung: kann man es auch verkaufen? Können wir das so vertreten?
- Ball tief halten? Liberale müssen und können nur 25 % der Leute überzeugen!
- Beachten der Interferenz von Wirtschafts- und Sozialsystem und freiheitlicher Demokratie.
- Kein Auseinanderdividieren von Ordo-Liberalen, klassisch Liberalen, Liberalen, Libertären und Anarcho-Kapitalisten. Dies ist die grösste Gefährdung der Freiheitsidee. Wir brauchen interessiertes, respektvolles Zuhören mit Lernbereitschaft, ergänzendes Unterstützen.
    - Unnötige Spaltpilze sind die Klimadebatte (Luchsinger: ist real und muss man marktwirtschaftlich lösen), Pandemievorsorge (Luchsinger: ist klassische Staatsaufgabe) und die (kollektive) Abwehr totalitärer Systeme (Ukrainekrieg; äussere und innere Sicherheit).
    - Aber in *allen anderen aktuellen Themen* sind wir uns ja einig: ESG-Debatte, Wokeismus, staatliches Geldmonopol, Staatswachstum und Verschuldung, Staatskapitalismus, Bevormundungen im Lebensstil, staatlicher Einfluss auf die Medien, letzte 20 Jahre der Bildungspolitik (gegen Leistung, nach unten nivellierende Gleichmacherei). Praktisch alle Grundsätze in diesem Dokument (kurz: die Hauptkampflinie verläuft weit links der Ordoliberalen).
- Wo immer möglich Koalition der drei bürgerlichen Parteien SVP, FDP, Mitte. Kein Auseinanderdividieren, sondern Schwerpunkte beim Abholen der diversen Klientelen:
    - SVP: konservativ, bodenständig, Gewerbe, rechten Flugsand binden und neutralisieren, eher wettbewerbsskeptisch
    - FDP: Klassischer, grundsatztreuer Liberalismus
    - Mitte: leicht mehr als nur streng gezielte Umverteilung wo politisch notwendig, aber marktkonform, für soziale Fragen nichtsozialistische Lösungen entwickeln, damit man insgesamt realistische, bürgerliche Mehrheiten hat; aktuell leicht zu weit links
- Nach Marion Gräfin von Dönhoff: ermitteln und dann vermitteln, wo die Grenze verläuft:

zwischen Pragmatismus und Opportunismus,
zwischen Freiheit und Autorität,
zwischen Interessen und Idealen,
zwischen Bewahren und Verwandeln.

Gewissen vor Reputation und Wiederwahl!
Nüchternheit, Verstand, Vernunft vor schönen Parolen, schönen Gefühlen und falschem Zeitgeist